



Stadt Eschweiler
Der Bürgermeister
501 Abteilung für Integrationsangelegenheiten

Vorlagen-Nummer

332/08

1

Sitzungsvorlage

Datum: 24.10.2008

Beratungsfolge			Sitzungsdatum	TOP
1. Vorberatung	Haupt- und Finanzausschuss	öffentlich	19.11.2008	
2. Vorberatung	Integrationsrat	öffentlich	20.11.2008	
3. Beschlussfassung	Stadtrat	öffentlich	10.12.2008	
4.				

**Initiative "Orte der Vielfalt" - Beitritt zur bundesweiten Initiative;
hier: Antrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 23.09.2008**

Beschlussentwurf:

- Der Stadtrat beschließt, dass sich die Stadt Eschweiler der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ anschließt.
- Der Stadtrat beschließt der anliegend beigefügten **Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie** beizutreten.

J.V.

A 14 - Rechnungsprüfungsamt <input checked="" type="checkbox"/> gesehen <input type="checkbox"/> vorgeprüft 		Unterschriften 	
1	2	3	4
<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt	<input type="checkbox"/> zugestimmt <input type="checkbox"/> zur Kenntnis genommen <input type="checkbox"/> abgelehnt <input type="checkbox"/> zurückgestellt
Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis	Abstimmungsergebnis
<input type="checkbox"/> einstimmig <input type="checkbox"/> ja			
<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein	<input type="checkbox"/> nein
<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung	<input type="checkbox"/> Enthaltung

A) Sachverhalt:

Bei der im Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen angesprochenen Initiative handelt es sich um ein gemeinsames Projekt, das vom Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium des Inneren und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration initiiert wurde.

Ziel der Initiative ist es, bis zum Jahr 2010 möglichst viele Kommunen und Akteure der Zivilgesellschaft in ganz Deutschland dafür zu gewinnen, sich vor Ort für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren.

Die Kommunen werden aufgerufen, sich an der Initiative zu beteiligen.

Erste Bewerbungen waren 2008 möglich (z.B. Herzogenrath); in 2009 können sich weitere Kommunen bewerben.

Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um sich für die Auszeichnung als „Orte der Vielfalt „ bewerben zu können:

- Die Stadt, die Gemeinde oder der Kreis nimmt Auseinandersetzungen mit Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ernst und engagiert sich nachhaltig für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.
- Die Vertreterinnen und Vertreter aus der Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft – hier insbesondere die Jugend- und Wohlfahrtsverbände und Sport- und Hilfsorganisationen arbeiten vor Ort in einem aktiven Bündnis beziehungsweise Netzwerk zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie zusammen.
- In der Stadt, der Gemeinde oder dem Kreis existieren Angebote zur aktiven Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.
- Es wird ein öffentlicher Diskurs über Vielfalt, Toleranz und Demokratie geführt.
- Es wurde die Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterzeichnet. (s. Anlage)

Der Stadtrat ist der Auffassung, dass es seine Aufgabe ist, die aktive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus zu fördern und über den aktuellen Rechtsextremismus in der Region aufzuklären und diesen zu bekämpfen.

B) Rechtslage:

./.

C) Finanzielle Auswirkungen:

./.

D) Personelle Auswirkungen:

./.

Erklärung

für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“

Die Stadt Eschweiler erklärt sich bereit, einen aktiven Beitrag zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu leisten.

Leitziele ihres Handelns sind dabei:

- das Einstehen für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz,
- die Förderung von sozialem Engagement,
- das entschlossene Handeln gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt,
- die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort,
- die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

Die Stadt Eschweiler erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten zum Beispiel folgende Maßnahmen zu ergreifen.

I. Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion

Lokale Mandatsträger und Verantwortliche in demokratischen Parteien, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung, demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft sind Vorbilder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und beim Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Sie stellen sich rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einflüssen wirksam entgegen.

Die Stadt Eschweiler unterstützt sie dabei. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Information der kommunalen Mandatsträger sowie der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den vor Ort ansässigen demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft, damit sie die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Geschichtsverfälschungen aufnehmen und entsprechenden Tendenzen in der Bevölkerung so früh wie möglich entgegentreten können,
- Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kompetenten Umgang mit rechtsextremistischen Phänomenen und Unterstützung bei den dabei auftretenden Konflikten und Interessenkollisionen,
- Aufforderungen an die lokale Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben die Vielfalt der Belegschaften gefördert und rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut am Arbeitsplatz keinen Raum findet.

II. Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort

Die Stadt Eschweiler arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden und den demokratischen Kräften vor Ort zusammen – insbesondere Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, politischen Parteien, der lokalen Wirtschaft und Gewerkschaften, lokalen Medien,

Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sportvereinen und –verbänden - und unterstützt diese in ihren Initiativen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Hierzu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Unterstützung der Sicherheitsbehörden bei Maßnahmen der Information und Aufklärung von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie effektive Gegenstrategien,
- Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden mit dem Ziel gegenseitiger Information bei Vorliegen spezieller Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene (z.B. öffentliche Treffpunkte der Szene),
- Unterstützung von Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere auch von Zugewanderten, sowie politischer Parteien, Gewerkschaften und der lokalen Wirtschaft in ihrer Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und Einbindung in kommunale Aktionsbündnisse.

III. Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Offenheit und Neugier, Konfliktfähigkeit, ein angemessenes Selbstwertgefühl und emotionale Ausgeglichenheit sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wappnen.

Die Stadt Eschweiler fördert diese sozialen und emotionalen Kompetenzen so früh wie möglich. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Altersadäquate Vermittlung von Toleranz im Umgang miteinander bereits in der frühkindlichen Erziehung. Entsprechende Qualifizierungsangebote sollten sowohl für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen als auch für Mütter und Väter bereitgestellt werden,
- Anregung, dass politische und historische Bildung, die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen, die Förderung des Miteinanders unter Schülerinnen und Schülern sowie die Vermittlung von Abwehrstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zentrale Inhalte außerunterrichtlicher Angebote sind,
- in Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, Gewerkschaften, der lokalen Wirtschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Sportverbänden sowie weiteren Initiativen der Zivilgesellschaft dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche vor Ort vielfältige Möglichkeiten zur abwechslungsreichen Freizeitgestaltung und zum demokratischen gesellschaftlichen Engagement vorfinden und nicht den Lockangeboten von rechtsextremistischen Organisationen und Parteien überlassen werden.

Eschweiler, den

Bürgermeister Rudi Bertram

1. stellv. Bürgermeisterin
Helen Weidenhaupt

2. stellv. Bürgermeister
Manfred Groß

SPD-Fraktionsvorsitzender
Leonhard Gehlen

CDU-Fraktionsvorsitzender
Bernd Schmitz

CSL-Fraktionsvorsitzende
Regina Faschinger

UWG-Fraktionsvorsitzender
Erich Spies

Bündnis 90/Die Grünen
Fraktionsvorsitzender
Franz-Dieter Pieta

FDP-Fraktionsvorsitzender
Konstantin Theuer



Stadt Eschweiler

Der Bürgermeister

*Frau Mogilnyi,
2. Bearbeitung
wie besprochen*

08.10.2008

Stadt Eschweiler, Postfach 1328, 52233 Eschweiler

Herren
Fraktionsvorsitzende
Leo Gehlen
SPD-Stadtratsfraktion
Franz-Dieter Pieta
Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen

im Hause

- A) Resolution "Eschweiler ist tolerant"
- B) Initiative "Orte der Vielfalt" - Beitritt zur bundesweiten Initiative

Ihr Antrag vom 23.09.2008

Sehr geehrte Herr Gehlen, sehr geehrter Herr Pieta,

Ihr vorgenanntes Schreiben habe ich am 23.09.2008 erhalten.

Mit der weiteren Bearbeitung habe ich im Dezernat von Herrn Beigeordneten und Stadtkämmerer Knollmann die Abteilung für Integrationsangelegenheiten bzw. den Integrationsbeauftragten der Stadt Eschweiler, Jürgen Rombach, beauftragt.

Dabei weiß ich mit Ihnen einig, dass Initiativen, Beschlüsse und Resolutionen des Stadtrates zu diesem wichtigen gesellschaftlichen Thema einer umfassenden und sorgfältigen Vorbereitung bedürfen. Im Hinblick auf die dafür bis zur nächsten Ratssitzung am 22.10.2008 nur noch verbleibende Zeit (Einladung zur Sitzung erfolgt bereits am 10.10. noch innerhalb der am 29.09. beginnenden Herbstferien) schlage ich Ihnen daher vor, Ihre Anträge - nach Vorberatung im Haupt- und Finanzausschuss am 19.11. - dem Stadtrat in seiner letzten Sitzung im Jahr 2008 am 10.12. zur Entscheidung vorzulegen.

Ich gehe davon aus, dass dieses Vorgehen Ihre Zustimmung findet und verbleibe

mit freundlichem Gruß

Rudi Bertram
Rudi Bertram
Bürgermeister

Durchschriften mit Antragskopien an:

Vorsitzende der Stadtratsfraktionen von CDU, UWG, CSL und FDP zur gefälligen Kenntnisnahme

501 - 501/Rombach zur gef. Kenntnisnahme und weiteren Veranlassung

12 zur Mitkenntnis



Dienstgebäude:
Johannes-Rau-Platz 1
52249 Eschweiler
Internet:
www.eschweiler.de
Email:
stadtverwaltung@eschweiler.de
Telefon Zentrale:
02403/71-0

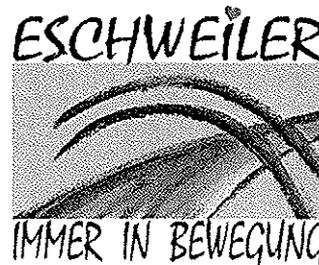
Dienststelle:
Bürgermeister- und Pressebüro

Auskunft erteilt:
Herr Kaever

Zimmer: 131
Telefon: 02403/71-558
Fax: 02403/71-618
Email:
stefan.kaever@eschweiler.de

Ihr Zeichen:
Mein Zeichen: I/BP

Datum: 25.09.2008

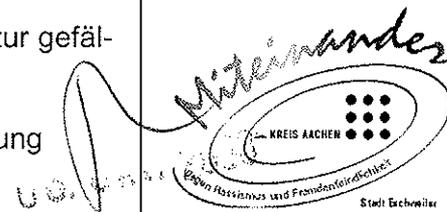


Öffnungszeiten im Rathaus:

Montag - Mittwoch
8.30 - 12.00 Uhr
Donnerstag
14.00 - 17.45 Uhr
Freitag
8.30 - 12.00 Uhr

Bankverbindungen:

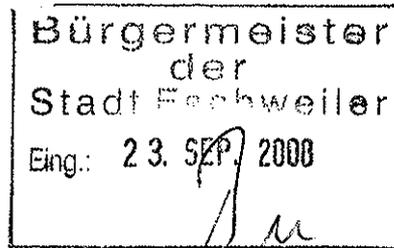
Sparkasse Aachen
1216100 (BLZ 390 500 00)
SEB AG Aachen
1600000400 (BLZ 390 101 11)
Dresdner Bank Eschweiler
0170281600 (BLZ 370 800 40)
Postbank Köln
3824509 (BLZ 370 100 50)
Raiffeisen-Bank Eschweiler
2500116016 (BLZ 393 622 54)
VR-Bank eG
6103948019 (BLZ 391 629 80)



im Rat der Stadt Eschweiler

Herrn
Bürgermeister Bertram
Johannes-Rau-Platz 1

52249 Eschweiler



M. Bertram 23.09.2008

Resolution: Eschweiler ist tolerant

Initiative „Orte der Vielfalt“

hier: Beitritt der Stadt Eschweiler zur bundesweiten Initiative

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Bertram,

es ist leider festzustellen, dass die Aktivitäten der „Rechten“ in der Städteregion Aachen – hier sei hauptsächlich Stolberg genannt – aber auch in Eschweiler weiter zunehmen und durch die Gruppierung der „Autonomen Nationalisten“ immer aggressiver werden. Dem ist auf allen Ebenen weiterhin Widerstand entgegenzusetzen.

In Eschweiler erfolgen seit längerer Zeit schon zahlreiche Aktionen in diese Richtung, sei es

- die Unterstützung der weiterführenden Schulen mit entsprechenden Mitteln bei Projekten „gegen Rechts“
- die Aktion „Stolpersteine“
- die Unterstützung der Eschweiler Bürgerinitiative „Gemeinsam gegen Neonazis“
- die Erklärung „Stadt ohne Rassismus“
- die Unterstützung des Integrationsrates, u.v.m.

Basierend auf alle bisherigen erfolgreichen Aktivitäten ist die Koalition der SPD- und Grünen/der SPD-Stadtverband der Meinung, erneut eine Resolution im Rat der Stadt Eschweiler zu beschließen, um ein deutliches politisches Signal aller demokratischen Kräfte zu zeigen.

Weiterhin beantragen wir den Beitritt der Stadt Eschweiler zur bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“.

Mit diesem Beitritt setzen wir neben vielen anderen deutschen Kommunen ein weiteres politisches Signal.

Es ist Aufgabe der Stadt Eschweiler, die aktive Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus zu fördern und über den aktuellen Rechtsextremismus in der Region aufzuklären und diesen zu bekämpfen.

Im Dezember des vergangenen Jahres hat die Verbandsversammlung der Städteregion Aachen das Projekt „Demokratie stärken – für Vielfalt und Toleranz“ auf den Weg gebracht. Im Rahmen dieses Projektes sollen unter anderem die Aufgabe der konzeptionellen Aufklärungsarbeit, Multiplikatorenschulung und Öffentlichkeitsarbeit geleistet werden. Ziel ist es, die Schulen über zusätzliche Bildungsangebote, wie z.B. Ausstellungen, Vorträge oder Fortbildungsmaßnahmen zu informieren, um die Aufklärungsarbeit an den Schulen über die rechtsextreme Szene (Inhalte, Auftreten, Verführungsmechanismen) zu verbessern und das Bewusstsein der Schülerinnen und Schüler gegenüber rechtsextremer Ideologie nachhaltig zu stärken.

Die Herausgeber lokaler und regionaler Unterrichtsmaterialien, wie die Sparkasse Aachen und andere, werden aufgefordert, ihre Angebote entsprechend zu erweitern.

Wir bitten Sie, Herr Bürgermeister, die entsprechenden Punkte zwecks Beratung und Beschlussfassung auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung der Stadt Eschweiler zu setzen.

Mit freundlichen Grüßen



Franz-Dieter Pieta
(Fraktionsvorsitzender)



Leo Gehlen
(Fraktionsvorsitzender)

Anlagen

- Resolution
- Vorlagen zur Initiative „Ort der Vielfalt“

Resolution:

„Der Rat der Stadt Eschweiler bekräftigt sein Nein aller demokratischen Kräfte gegen jedwede rechtsextreme Aktivität. Rechtsextreme sind in Eschweiler nicht erwünscht. Nie wieder darf in unserer Stadt, nie wieder darf in Deutschland Unfreiheit, Intoleranz, Rassismus, Fremdenhass und Antisemitismus zugelassen werden.

Wir bekennen uns zur Stärkung und Weiterentwicklung unserer freiheitlichen Gesellschaft und wenden uns sowohl gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft der rechtsradikalen Szene als auch jedwedem Versuch rechtsextremer Organisationen im bürgerlichen Deckmantel in die Parlamente einzuziehen.

Der Rat der Stadt Eschweiler erklärt, öffentlichen Aufmärschen und Demonstrationen demokratiefeindlicher Parteien und Organisationen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Der Rat erwartet – wie bisher – sowohl von Polizei und Ordnungskräften als auch von den Gerichten, in ihrem Bemühen, rechte Aufmärsche zu verhindern, alle denkbaren rechtsstaatlichen Mittel auszuschöpfen. Von allen Organen des Staates muss die eindeutige Botschaft der Verteidigung der Werte des Grundgesetzes ausgehen.“



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Bundesministerium
des Innern

Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Presse- mitteilung

PRESSESPRECHERIN Iris Bethge
HAUSANSCHRIFT Alexanderstraße 3, 10178 Berlin
POSTANSCHRIFT 11018 Berlin
TEL +49 (0)3018 555-1061/1062
FAX +49 (0)3018 555-1111
INTERNET www.bmfsfj.de
E-MAIL presse@bmfsfj.bund.de

Nr. 254 Berlin, 26. November 2007

Bundesweite Initiative „Orte der Vielfalt“ macht mobil gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Wettbewerb und Internetkarte geben Überblick über Engagement vor Ort

Die Bundesregierung, vertreten durch die **Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Ursula von der Leyen**, den **Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Peter Altmaier** und die **Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer**, haben die Initiative „Orte der Vielfalt“ gestartet. Ziel der Initiative ist es, bis zum Jahr 2010 möglichst viele Kommunen und Akteure der Zivilgesellschaft in ganz Deutschland dafür zu gewinnen, sich vor Ort für Vielfalt und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu engagieren. Patinnen und Paten der Aktion sind unter anderem Vertreter der Frauen- und Männer- Nationalmannschaften des Deutschen Fußball-Bundes (DFB). Weiteren Schub erfährt die Initiative durch die Bundesländer, die kommunalen Spitzenverbände sowie Organisationen der Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Gewerkschaften. Am Montag haben diese Verbände und Organisationen in Berlin dazu eine entsprechende Gemeinsame Erklärung abgegeben. Bereits ab heute steht Frau Steffi Jones, Präsidentin des Organisationskomitees der FIFA WM 2011, der Initiative als Patin zur Seite.

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen: „Die Erfahrung zeigt, dass wir für einen dauerhaft erfolgreichen Kampf gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit zwei Standbeine brauchen: Das eine ist ein geschlossenes Vorgehen der Regierungen auf Bundes- und Landesebene. Das zweite ist das Engagement und der Rückhalt der Verantwortlichen vor Ort. Junge Menschen sind weniger anfällig für rechtsextreme Parolen, wenn sich lokale Persönlichkeiten angesichts extremistischer Umtriebe nicht wegducken, sondern offen für die Werte unserer Demokratie eintreten. Das kann die ehrenamtliche Bürgermeisterin, der Unternehmer im Ort, der Feuerwehrchef oder auch der Trainer der Jugendfußballer sein. Ihre Stimmen wollen wir stärken und zugleich die vorhandenen Strukturen Millionen Engagierter in Deutschland verknüpfen mit der hohen Fach- und Beratungskompetenz der vom Bundesfamilienministerium geförderten Programme gegen Rechtsextremismus.“

Hierzu **der Parlamentarische Staatssekretär Peter Altmaier:** „Websites als interaktives Medium zur Ansprache, rechtsextremistische Bekleidungssortimente, Skinhead-Konzerte und Demonstrationen, die als Events mit Unterhaltungswert angesehen werden, stehen für eine neue Qualität rechtsextremistischer Propaganda. Hinzu kommen bürgernahe Freizeitangebote der rechtsextremistischen Szene, die sich gezielt an Jugendliche und Heranwachsende richten.“

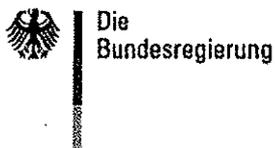
Es muss unser gemeinsames Ziel sein, zu verhindern, dass junge Menschen in die rechtsextremistische Szene abrutschen. Die Arbeit in den Jugend- und Wohlfahrtsverbänden, Sport- und Hilfsorganisationen erfordert ein erhebliches Ausmaß an Gemeinsinn, an bürgerschaftlichem Engagement. Toleranz, Verantwortungsgefühl und Respekt vor dem Anderen werden herausgebildet und gestärkt. Diese Organisationen machen Jugendliche stark gegenüber rechtsextremistischen Anfeindungen und leisten damit unschätzbare Dienste für unser demokratisches Gemeinwesen. Gelebte Vorbilder sind Maßstab für die eigene Entwicklung und durch nichts zu ersetzen. Sie machen Kommunen, Städte und Landkreise erst zu „Orten der Vielfalt“. Hervorheben möchte ich die Unterstützung des Deutschen Fußball-Bundes sowie die Bereitschaft von Frau Steffi Jones und Spielern der Fußballnationalmannschaften, als Patinnen und Paten für die Initiative 'Orte der Vielfalt' zur Verfügung zu stehen. Ihr Engagement wird Impuls für das Engagement vieler sein.“

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Prof. Dr. Maria Böhmer erklärt: „Die Kommunen spielen eine ganz entscheidende Rolle. Denn vor Ort, in den Kommunen, Städten und Landkreisen, vollzieht sich der gesellschaftliche und politische Alltag. Hier entscheidet sich, wie erfolgreich wir in der Vermittlung demokratischer Werte sind. Positive Beispiele zeigen, dass lokale Aktionsbündnisse besonders erfolgreich sind, wenn alle demokratischen Akteure ihre Kräfte bündeln, wenn die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in den Kommunen zur Chefsache gemacht wird. Wir fordern deshalb alle Kommunen auf, ein Zeichen zu setzen, indem sie eine Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterzeichnen. Darin sind ganz konkrete Handlungsempfehlungen enthalten zur Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion, zur Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort und zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen.“

Die über 12.000 Kommunen in Deutschland sind aufgerufen, sich durch die Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie an der Initiative zu beteiligen und somit deutlich sichtbar zur Vielfalt als zentralem Grundwert demokratischen Zusammenlebens zu bekennen. Hat eine Kommune die Erklärung unterzeichnet, wird sie in einer Deutschlandkarte auf der Webseite www.orte-der-vielfalt.de farbig markiert. Besonders engagierte Kommunen, die bereits aktiv sind und über ein nachhaltiges Konzept zur Stärkung von Toleranz und Demokratie verfügen, können sich darüber hinaus um die Auszeichnung (Ortsschild) „Ort der Vielfalt“ bewerben.

Breite Unterstützung erfährt die Initiative durch den Arbeiter-Samariter-Bund e.V., den Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V., die AWO Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e.V., die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, den Bundesausschuss politische Bildung, die Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V., die Deutsche-Lebens-Rettungs-Gesellschaft e.V., den Deutschen Bundesjugendring, den Deutschen Caritasverband e.V., den Deutschen Feuerwehrverband, den Deutschen Fußball-Bund, den Deutschen Gewerkschaftsbund, den Deutschen Landkreistag, den Deutschen Olympischen Sportbund e.V., den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband e.V., das Deutsche Rote Kreuz e.V., den Deutschen Städtetag, den Deutschen Städte- und Gemeindebund, das Diakonische Werk der EKD e.V., die Johanniter-Unfall-Hilfe e.V., den Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit, den Malteser Hilfsdienst e.V., den Zentralverband des Deutschen Handwerks e.V. und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland e.V.. Mit der gemeinsamen Unterstützungserklärung (www.orte-der-vielfalt.de) setzten diese Organisationen ein klares Zeichen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus.

Die Initiative „Orte der Vielfalt“ ist eine gemeinsame Initiative der Bundesregierung. Unter www.orte-der-vielfalt.de können sich interessierte Kommunen durch die Unterzeichnung der Erklärung an der Initiative beteiligen. Darüber hinaus haben sie die Möglichkeit, sich als Ort der Vielfalt zu bewerben. Auf der Webseite zur Initiative werden die Orte vorgestellt, die sich an der Initiative beteiligen oder zudem ausgezeichnet wurden.



Mitmachen!

Die Initiative möchte alle Orte in Deutschland anregen, ein „Ort der Vielfalt“ zu werden und sich klar für Vielfalt auszusprechen.

Ihr Ort möchte teilnehmen?
Hier erfahren Sie, wie.

In dem Bewerbungsformular werden zunächst verschiedene Angaben zu Ihrer Gemeinde, Stadt oder Ihrem Kreis abgefragt. Im Folgenden werden Sie dann gebeten, Ihren „Ort der Vielfalt“ näher zu beschreiben.

Eine Übersicht über alle auszufüllenden Punkte des Bewerbungsformulars finden Sie [hier](#).

Nach dem Bestätigen der Teilnahmebedingungen können Sie Ihre Bewerbung [online](#) durch Ausfüllen des Bewerbungsformulars versenden oder alternativ [per Post](#) oder [per Fax](#) an die unten genannte Adresse schicken.

Die von Ihnen unterzeichnete [Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie](#) senden Sie ebenfalls per Post oder per Fax an:

Regiestelle des Programms „VIELFALT TUT GUT. Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.“
c/o Gesellschaft für soziale Unternehmensberatung mbH
Oranienburger Straße 65
10117 Berlin
Fax: 030-28409-130
E-Mail: kontakt@vielfalt-tut-gut.de

[Zum Bewerbungsformular](#)

[Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie](#)



Die
Bundesregierung

Deutschland Ort der Vielfalt

Wir engagieren uns für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

www.orte-der-vielfalt.de



Deutschland – Ort der Vielfalt!

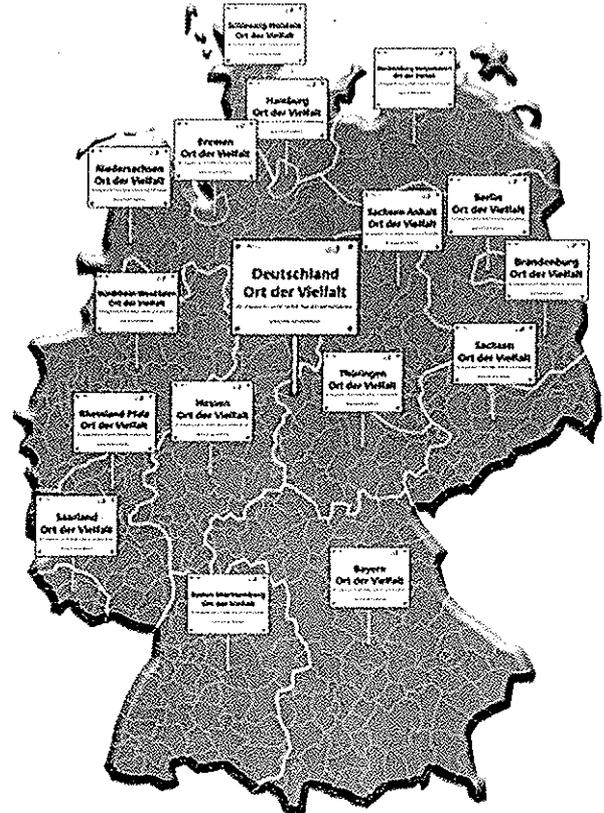
Herzlich Willkommen auf der Webseite der Initiative „Orte der Vielfalt“, die am 26. November 2007 von der Bundesregierung ins Leben gerufen wurde. Wir setzen uns ein für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Gemeinsam machen wir ganz Deutschland zu einem Ort der Vielfalt.

Erste „Orte der Vielfalt“ werden am 23. September 2008 in Berlin ausgezeichnet

In feierlichem Rahmen werden am 23. September 2008 im Berliner „Umspannwerk“ Deutschlands erste „Orte der Vielfalt“ ausgezeichnet.

Allen Städten, Gemeinden und Kreisen, die diesen Titel künftig führen werden, wird auf dieser Veranstaltung offiziell ein Schild verliehen, das sie sichtbar als „Ort der Vielfalt“ ausweist und zeigt, dass sich diese Orte mit besonders vorbildlichem Engagement für Vielfalt, Toleranz und Demokratie einsetzen.

Die Auszeichnungsveranstaltung am 23. September 2008 richtet sich an geladene Gäste aus den beteiligten Kommunen sowie die



unterstützenden Partner der Initiative.

Das Programm und organisatorische Hinweise zur Veranstaltung finden Sie [hier](#).

Ab dem 23. September 2008 werden an dieser Stelle die ersten „Orte der Vielfalt“ auch in einer interaktiven Deutschlandkarte vorgestellt.

Ihr Heimatort hat sich noch nicht an der Initiative beteiligt? Dann machen Sie mit! Die zweite Bewerbungsrunde für die nächsten „Orte der Vielfalt“ läuft bis zum 31. November 2008.





Initiative „Orte der Vielfalt“ – eine bundesweite kommunikative Strategie zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie

1. Anliegen

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus sind nicht vereinbar mit den Grundwerten unserer Gesellschaft.

Die demokratischen gesellschaftlichen Kräfte unseres Landes – Bund, Länder, Kommunen, die zivilgesellschaftlichen Organisationen, Bürgerinnen und Bürger, die politischen Parteien, die Medien, die Wirtschaft, die Gewerkschaften, die Kirchen und Religionsgemeinschaften sowie der Sport – müssen jeder Form von Extremismus entschieden entgegentreten.

Nur gemeinsam können wir dafür sorgen, dass die Menschenwürde geachtet, demokratische Werte vermittelt sowie Vielfalt und Toleranz in Deutschland gelebt werden. Gerade der lokale Raum ist für die Stärkung von Toleranzdenken und Demokratie von besonderer Bedeutung. Vor Ort vollzieht sich der gesellschaftliche und politische Alltag. Und hier sind die Auswirkungen von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus besonders spürbar. Treffpunkte von Rechtsextremisten, das Zurschauftragen extremistischer Einstellungen im Alltag, der Zulauf zu Freizeitangeboten rechtsextremistischer Parteien und die Verbreitung rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts auf Schulhöfen sind nur einige Beispiele dafür. Die Handlungsbereitschaft und das Selbstverständnis vor allem der Kommunen und der Zivilgesellschaft sind entscheidend dafür, wie wirksam der Verbreitung und Verfestigung rechtsextremistischer Einflüsse entgegengewirkt wird.

Mit der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“ unterstützen und fördern das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, das Bundesministerium des Innern und die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration das Engagement der demokratischen Kräfte in Städten, Gemeinden und Kreisen zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Als Zeichen der Anerkennung werden Kommunen, die sich besonders für Vielfalt, Toleranz und Demokratie engagieren, mit einem Schild ausgezeichnet, das an zentraler Stelle aufgestellt wird und sie als beispielhaften Ort der Vielfalt ausweist. Die Initiative hat am 26. November 2007 begonnen und läuft zunächst bis 2010.

2. Aufruf

Alle Kommunen sind aufgerufen, sich an der Initiative zu beteiligen. Mit ihrer Teilnahme setzen sie ein deutliches Signal gegen jede Form von Extremismus, insbesondere Rechtsextremismus, und für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.

Auf der Webseite www.orte-der-vielfalt.de können Städte, Gemeinden und Kreise ihr Interesse für eine Teilnahme der Initiative bekunden. Dort finden sich auch weitere Informationen zur Initiative. Die teilnehmenden Kommunen werden auf der Webseite öffentlich gemacht.

3. Teilnahmevoraussetzungen

Folgende Voraussetzungen müssen erfüllt sein, um sich für die Auszeichnung als „Ort der Vielfalt“ bewerben zu können:

- Die Stadt, die Gemeinde oder der Kreis nimmt die Auseinandersetzung mit Rechts- extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ernst und engagiert sich nachhaltig für Vielfalt, Toleranz und Demokratie.
- Die Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und der Zivilgesellschaft – hier insbesondere die Jugend- und Wohlfahrtsverbände und Sport- und Hilfsorganisationen – arbeiten vor Ort in einem aktiven Bündnis beziehungsweise Netzwerk zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie zusammen.
- In der Stadt, der Gemeinde oder dem Kreis existieren Angebote zur aktiven Beteiligung und Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.
- Es wird ein öffentlicher Diskurs über Vielfalt, Toleranz und Demokratie geführt.
- Es wurde die Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie unterzeichnet.

Die teilnehmenden Kommunen haben dafür Sorge zu tragen, dass die Teilnahmevoraussetzungen während der gesamten Laufzeit der Initiative erfüllt sind.

4. Teilnahmefristen

Die Termine werden auf der Website zur Initiative bekannt gegeben. Die erste Bewerbungsrunde startet Anfang 2008 und endet am 31. Mai 2008.

5. Auswahlverfahren

Die eingehenden Bewerbungen werden im Hinblick auf die Erfüllung der Teilnahmevoraussetzungen durch die Regiestelle Vielfalt des Programms „VIELFALT TUT GUT.

Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ (www.vielfalt-tut-gut.de) bewertet. In diese Bewertung sind Expertinnen und Experten einbezogen.

• Votum der Länder und kommunalen Spitzenverbände der Länder

Auf dieser Grundlage wird durch die Regiestelle Vielfalt ein Votum von dem jeweiligen Bundesland zur Bewerbung eingeholt. Die Vertreterinnen und Vertreter des Bundeslandes stimmen sich diesbezüglich mit den kommunalen Spitzenverbänden ihres Landes ab.

• Entscheidung

Die endgültige Entscheidung über die Auszeichnung wird durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration getroffen und bekannt gegeben.



Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“

_____ erklärt sich bereit, einen aktiven Beitrag zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu leisten. Leitziele ihres Handelns sind dabei:

- das Einstehen für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
- die Förderung von sozialem Engagement;
- das entschlossene Handeln gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
- die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen.

_____ erklärt sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten zum Beispiel folgende Maßnahmen zu ergreifen:

I. Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion

Lokale Mandatsträger und Verantwortliche in demokratischen Parteien, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung, demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft sind Vorbilder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und beim Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Sie stellen sich rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einflüssen wirksam entgegen.

_____ unterstützt sie dabei. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Information der kommunalen Mandatsträger sowie der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den vor Ort ansässigen demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft, damit sie die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Geschichtsfälschungen aufnehmen und entsprechenden Tendenzen in der Bevölkerung so früh wie möglich entgegenzutreten können;

- Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kompetenten Umgang mit rechtsextremistischen Phänomenen und Unterstützung bei den dabei auftretenden Konflikten und Interessenkollisionen;
- Aufforderungen an die lokale Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben die Vielfalt der Belegschaften gefördert und rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut am Arbeitsplatz keinen Raum findet.

II. Zusammenarbeit mit den gesellschaftlichen demokratischen Kräften vor Ort

_____ arbeitet eng mit den Sicherheitsbehörden und den demokratischen Kräften vor Ort zusammen – insbesondere Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, politischen Parteien, der lokalen Wirtschaft und Gewerkschaften, lokalen Medien, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sportvereinen und -verbänden – und unterstützt diese in ihren Initiativen für Vielfalt, Toleranz und Demokratie und gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Hierzu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Unterstützung der Sicherheitsbehörden bei Maßnahmen der Information und Aufklärung von Lehrerinnen und Lehrern, Schülerinnen und Schülern und Eltern über Erscheinungsformen des Rechtsextremismus sowie effektive Gegenstrategien;
- Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden mit dem Ziel gegenseitiger Information bei Vorliegen spezieller Erkenntnisse über die rechtsextremistische Szene (z. B. öffentliche Treffpunkte der Szene);
- Unterstützung von Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft, insbesondere auch von Zugewanderten, sowie politischer Parteien, Gewerkschaften und der lokalen Wirtschaft in ihrer Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und Einbindung in kommunale Aktionsbündnisse.

III. Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen

Offenheit und Neugier, Konfliktfähigkeit, ein angemessenes Selbstwertgefühl und emotionale Ausgeglichenheit sind Kompetenzen, die Kinder und Jugendliche gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus wappnen.

_____ fördert diese sozialen und emotionalen Kompetenzen so früh wie möglich. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Altersadäquate Vermittlung von Toleranz im Umgang miteinander bereits in der frühkindlichen Erziehung. Entsprechende Qualifizierungsangebote sollten sowohl für Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen als auch für Mütter und Väter bereitgestellt werden.

- Anregung, dass politische und historische Bildung, die Erziehung zu Demokratie und Toleranz, das Kennenlernen anderer Kulturen und Religionen, die Förderung des Miteinanders unter Schülerinnen und Schülern sowie die Vermittlung von Abwehrstrategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zentrale Inhalte außerunterrichtlicher Angebote sind.
- In Zusammenarbeit mit den demokratischen Parteien, Gewerkschaften, der lokalen Wirtschaft, den Kirchen und Religionsgemeinschaften, Jugendorganisationen, Sportverbänden sowie weiteren Initiativen der Zivilgesellschaft dafür Sorge tragen, dass Kinder und Jugendliche vor Ort vielfältige Möglichkeiten zur abwechslungsreichen Freizeitgestaltung und zum demokratischen gesellschaftlichen Engagement vorfinden und nicht den Lockangeboten von rechtsextremistischen Organisationen und Parteien überlassen werden.

Ort, Datum

Unterschrift

Name und Position in Druck



Stempel oder Kontaktdaten

ANLAGE

Erklärung für Vielfalt, Toleranz und Demokratie im Rahmen der bundesweiten Initiative „Orte der Vielfalt“

Die Städte, Gemeinden und Kreise erklären sich bereit, einen aktiven Beitrag zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie und zur Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu leisten.

Leitziele ihres Handelns sind dabei:

- das Einstehen für und die Förderung von demokratischen Werten und Toleranz;
- die Förderung von sozialem Engagement;
- das entschlossene Handeln gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und damit zusammenhängende Gewalt;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit mit den demokratischen Kräften vor Ort;
- die soziale und emotionale Stärkung junger Menschen mit dem Ziel, sie gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus zu wappnen. Die Städte, Gemeinden und Kreise erklären sich bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Zuständigkeiten zum Beispiel folgende Maßnahmen zu ergreifen:

I. Qualifizierung und Unterstützung von Akteuren mit Vorbildfunktion

Lokale Mandatsträger und Verantwortliche in demokratischen Parteien, Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Verwaltung, demokratische Organisationen der Zivilgesellschaft sowie die Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Wirtschaft sind Vorbilder bei der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und beim Einsatz für Vielfalt, Toleranz und Demokratie. Sie stellen sich rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Einflüssen wirksam entgegen. Die Städte, Gemeinden und Kreise unterstützen sie dabei. Dazu können folgende Maßnahmen beitragen:

- Information der kommunalen Mandatsträger sowie der Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den vor Ort ansässigen demokratischen Organisationen der Zivilgesellschaft, damit sie die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Parolen und Geschichtsverfälschungen aufnehmen und entsprechenden Tendenzen in der Bevölkerung so früh wie möglich entgegenzutreten können;
- Begleitung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im kompetenten Umgang mit rechtsextremistischen Phänomenen und Unterstützung bei den dabei auftretenden Konflikten und Interessenkollisionen;
- Aufforderungen an die lokale Wirtschaft, dafür zu sorgen, dass in den Betrieben die Vielfalt der Belegschaften gefördert und rechtsextremistisches, fremdenfeindliches und antisemitisches Gedankengut am Arbeitsplatz keinen Raum findet.